

Protokoll der Gemeindeversammlung Budget 2025

Datum	6. November 2024
Zeit	19:30 – 21:45 Uhr
Ort	Aula Kantonsschule Romanshorn
Vorsitz	Roger Martin, Stadtpräsident
anwesend	135 Stimmberechtigte / Absolutes Mehr 68 5 Gäste
Stimmzähler/innen	Vreni Rechsteiner Hildegard Marolf
Protokoll	Fabio Bottega, Stadtschreiber

Traktanden

1. Budget der Politischen Gemeinde für das Jahr 2025
2. Orientierung Budget des Regionalen Pflegeheims Romanshorn für das Jahr 2025
3. Anpassung des Rahmennutzungsplans "Kleinsiedlungen" (Anpassung Zonenplan und Baureglement)
4. Mitteilungen und Umfrage

1. Budget der Politischen Gemeinde für das Jahr 2025

Sachverhalt

Pünktlich begrüsst der Stadtpräsident die Stimmberechtigten sowie den Stadtrat zur Gemeindeversammlung zum Budget 2025. Insbesondere freut er sich über die vielen jungen Teilnehmer an der Versammlung und er hofft, dass diese auch künftig die Versammlungen besuchen werden. Neben den Präsidenten der Körperschaften, den zwei Urnenoffiziantinnen und den verschiedenen Mitarbeitenden der Stadtverwaltung, heisst er auch die weiteren Gäste herzlich willkommen.

Es sind 135 Stimmberechtigte anwesend, womit das absolute Mehr bei 68 Stimmen liegt. Zusätzlich nehmen 5 Gäste ohne Stimmrecht an der Versammlung teil.

Der Stadtpräsident stellt fest, dass die Einladung sowie der Versand der Unterlagen fristgemäss erfolgten. Die Traktandenliste ist wie folgt gegliedert und wird zur Diskussion gestellt, was nicht genutzt wird.

1. Budget der Politischen Gemeinde für das Jahr 2025
2. Orientierung Budget des Regionalen Pflegeheims Romanshorn für das Jahr 2025
3. Anpassung des Rahmennutzungsplans "Kleinsiedlungen" (Anpassung Zonenplan und Baureglement)
4. Mitteilungen und Umfrage

Einleitend stellt er fest, dass es in diversen anderen Gemeinden in kürzerer Vergangenheit immer wieder zu Unstimmigkeiten und Turbulenzen gekommen sei.- Dies sei in Romanshorn zum Glück nicht der Fall und man könne gemeinsam vorwärts arbeiten. Deshalb bedankt er sich für die gute und konstruktive Zusammenarbeit im Stadtrat und der Verwaltung der Stadt, was mit einem Applaus verdankt wird.

Im Anschluss an die Ausführungen geht er auf die vorliegenden Budgetunterlagen ein.

Budget 2025

Der Stadtpräsident erläutert, wie das vorliegende Budget erarbeitet wurde. Er macht zudem darauf aufmerksam, dass jeweils bei der Budgetierungsphase vornehmlich auf das vorliegende vergangene Vorjahr, das heisst 2023 abgestützt werden muss. Ausgangslage war deshalb das Rechnungsjahr 2023 resp. Budgetwerte aus dem Vorjahr 2024.

Der Bilanzüberschuss per 31. Dezember 2023 betrug 14,9 Mio. Franken und das Nettovermögen 7,7 Mio. Franken. Der Steuerfuss sei zudem seit 2023 auf 70%. Grundsätzlich sei die Gemeinde finanziell gesund, die Selbstfinanzierung sei aber eher knapp. Dies vor Allem in Anbetracht der geplanten Investitionen.

Der Stadtpräsident erklärt weiter, dass das Budget 2025 ein schlechteres Ergebnis aus betrieblicher Tätigkeit vorsieht. Dies sei mit grossen Mindereinnahmen im Rahmen eines nachhaltigen Sondereffektes bei den Steuern zu rechtfertigen. Alles in allem führt das Budget 2025 zu einem geplanten Aufwandüberschuss vom 191'298 Franken. Dies sei kein Grund zur grossen Besorgnis, es zeige aber auf, dass vermehrt auch auf die Ausgabenseite geachtet werden müsse.

In den Ausführungen führt der Stadtpräsident danach kurz durch die diversen Bereiche der Verwaltung mit entsprechend auffallenden Abweichungen zum Vorjahr oder zur Rechnung. Er erklärt die geplanten Mehrkosten beim Personalaufwand aufgrund der Teuerung bei den Lohnkosten sowie kleinere Stellenveränderungen.

Weiter führt er aus, dass gerade die Kostenentwicklung im Bereich Gesundheit/ Soziale Sicherheit eine grosse Herausforderung darstelle. Die stationäre und ambulante Krankenpflege verzeichne zudem einen markanten Anstieg, diese Entwicklungen dürften so weitergehen.

Im Bereich der Sozialen Sicherheit machen vor Allem die nicht mehr gesprochenen Prämienverbilligungen seitens des Kantons zu schaffen. Aufgrund der Sparmassnahmen des Kantons spreche man hier von einem Fehlbetrag von rund 300'000 bis 350'000 Franken. Erschwerend komme hinzu, dass aufgrund der generell steigenden Krankenkassenprämien aber immer mehr Personen auf eine Prämienverbilligung angewiesen seien.

Beim Verkehr teilt der Stadtpräsident mit, dass die Abweichungen zum Budget 2024 marginal seien und der Anstieg nur gering sei.

Im Anschluss an die diversen konkreten Bereiche der Erfolgsrechnung zeigt der Stadtpräsident anhand von diversen Grafiken auf, wie sich die Aufwandpositionen auf dem ganzen Budget 2025 verteilen. Ergänzend macht er Angaben zu den angenommenen Parametern im Budget; wie z.B. Zunahme Einwohner, Steuerprognose, Wirtschaftswachstum, etc.

Auch zeigt er auf wie sich der Steuerfuss in den vergangenen rund 20 Jahre entwickelt hat. Der Stadtrat gehe zudem davon aus, dass die geplanten Investitionen keine Steuererhöhung auslösen würden. Die Situation sei aber aktuell sehr schwer abzuschätzen, da der Kanton aufgrund der schwierigen Ausgangslage verschiedene Sparmassnahmen vorsieht, welche sich dann bei den Gemeinden niederschlagen werden.

Abschliessend macht der Stadtpräsident einen Ausblick auf die Entwicklung des Ertrags durch die Gemeindesteuern.

Der Stadtpräsident macht sodann weitere Ausführungen zur Investitionsrechnung. Einleitend erklärt er die Unterschiede aufgrund der diversen Investitionsarten. Unterschieden werde vor Allem zwischen Gesetzlichen Aufträgen oder nicht, resp. Ertrag (kostendeckend) und kein Ertrag. Auf der nächsten Folie wird dann aufgezeigt welche Investitionen konkret für 2025 vorgesehen sind.

Der Stadtpräsident bringt dann noch den Investitionsplan der nächsten 5 Jahre den Anwesenden näher. Er teilt mit, dass diese mit Vorsicht betrachtet werden sollten, da immer wieder Projekte verzögert oder nicht realisiert werden können. Er betont nochmals, dass mit den geplanten Projekten keine Steuererhöhung verbunden sei, sondern dass diese tragbar seien, sofern sich die grundsätzliche Ausgangslage nicht ändere. Wenn aber zum Beispiel die Abschaffung der Liegenschaftssteuer tatsächlich Realität würde, so hätte dies einen direkten Impact auf die Steuereinnahmen der Stadt und so müssten diese unweigerlich nach oben angepasst werden.

Der Stadtpräsident gibt im Anschluss an die Ausführungen die Anzahl der Stimmberechtigten bekannt und eröffnet danach für Fragen.

Generelle Fragen zum Budget Erfolgsrechnung 2025:

Regula Streckeisen, EVP:

Sie stellt eine Frage zur Position Alkohol und Drogenmissbrauch, was dort genau drin sei?

Der Stadtpräsident teilt mit, dass dort der Beitrag an die Perspektive Thurgau drin sei sowie Präventivmassnahmen im Bereich Drogenmissbrauch.

Walter Eisler:

Er stellt eine Frage zu den Parkplatzgebühren. Wieviel kommt von diesen an die Stadt?

Der Stadtpräsident teilt mit, dass grundsätzlich neben einer kleinen Kommission für den Finanzdienstleister alle Einnahmen zur Stadt kommen. Ausnahme bildet das Parkhaus Bodan.

Weiter möchte er wissen wieviel der Beitrag von "TIER" ist für die Benützung des öffentlichen Grundes?

Der Stadtpräsident kann dies auswendig nicht beantworten. Das Pilotjahr war gratis. Die genauen Zahlen müssten eruiert werden.

Walter Eisler würde es begrüßen, wenn konkrete Abstellflächen für diese "TIER" Scooter definiert würden.

Der Stadtpräsident entgegnet, dass dies punktuell auf gewissen Stadtgebieten auch so praktiziert werde. Das aktuelle System, das zugewiesene Parkfelder im Zentrum und freies Abstellen ausserhalb beinhaltet sei zwischen TIER und der Stadt abgesprochen.

Ursula Schönenberger

Sie möchte wissen, wie sich der neue Betrag bei der Touristinformation von rund 60'000.- Franken zusammensetzt.

Der Stadtpräsident erläutert, dass digitale Alternativen geprüft werden sollen. Der Betrag an die SBS werde auf 30'000.- Franken gesenkt und mit dem restlichen Betrag sollen Lösungen für die Zukunft geprüft werden.

Hansruedi Bachmann

Er findet den Betrag für den Personalaufwand rund 10% höher gegenüber Rechnung 2023 massiv und möchte gerne weitere Ausführungen dazu. Er stellt einen Antrag, dass die Erhöhung ausgehend von der Rechnung 2023 maximal 5% sein dürfe.

Der Stadtpräsident teilt mit, dass gerade auf das Budgetjahr 2024 diverse neue Stellen geschaffen wurden und diese transparent der Budgetversammlung präsentiert und anschliessend genehmigt wurden. Ein Vergleich der Budgetzahlen mit der Rechnung 2023 sei auch nur bedingt sinnvoll. Relevant sei der Vergleich zum Budget 2024.

Walter Eisler

Er teilt mit, dass es auch noch mit dem neuen Personalreglement zu tun haben könnte.

Der Stadtpräsident teilt mit, dass dies nur einen marginalen Einfluss hatte. Mehrere Stellen seien aber geschaffen worden, darunter eine z.B. eine neue Abteilungsleitung Anlagen und Betriebe und Stellen in der Abteilung Soziale Dienste aufgrund steigender Fallzahlen.

Der Antrag von Hansruedi Bachmann für eine Erhöhung des Personalaufwandes von max. 5% (ausgehend des Wertes Rechnung 2023) wird mit 2 Ja-Stimmen zu 133 Nein-Stimmen abgelehnt.

Fragen zum Investitionsplan 2025-2029

Eisler Walter:

Er schlägt vor, dass aufgrund der diversen Investitionen in Romanshorn, wie aber auch in Amriswil und Arbon eine Gemeinde Oberthurgau zu prüfen sei.

Der Stadtpräsident teilt mit, dass vermehrt und intensiver unter den Gemeinden im Oberthurgau zusammengearbeitet werde. Es werden Fortschritte erzielt. Eine Fusion sei aber ein eher unrealistisches Szenario, zudem müssten die anderen Gemeinden dieser Prüfung auch noch zustimmen. Man müsse dem Prozess der Annäherung etwas Zeit geben.

Herr Eisler beantragt dann, dass Fusionsgespräche mit Amriswil und Arbon initiiert werden sollen. Ordnungshalber lässt der Stadtpräsident darüber abstimmen:

Der Antrag wird mit 1 Ja-Stimme zu gegen 127 Nein-Stimmen bei 6 Enthaltungen abgelehnt.

Hansruedi Bachmann:

Er möchte wissen, wieso die Investitionen derart stark gestiegen seien. Er teilt mit, dass immer nur geplant werde und nichts realisiert werde. Er habe deshalb starke Vorbehalte zu den geplanten Investitionen. Er stellt deshalb den Antrag die Investitionsrechnung um 10% zu kürzen

Der Stadtpräsident teilt mit, dass diverse Bauvorhaben aufgrund von Einsprachen nicht weiter vorange-
trieben werden können. Der Stadtpräsident entgegnet, dass z.B. ohne die Einsprache des Votanten bei
der Mehrzweckhalle bereits gebaut werden könnte. Er merkt an, dass deshalb eine Fragestellung resp.
einen Vorwurf gerade von seiner Seite sehr speziell und irritierend ankomme. Auch beim Bahnhofplatz
seien zudem Einsprachen vorhanden. Aus diesem Grund gingen die Projekte aktuell nicht vorwärts.
Hier der Stadt einen Vorwurf zu machen erachtet der Stadtpräsidenten als nicht fair.

Herr Bachmann entgegnet, dass seine Einsprache im kürzlich erschienenen Seeblick in Form eines
Leserbriefes begründet wurde. Er mache dem Stadtrat den Vorwurf, dass nicht mit den Leuten gespro-
chen werde. Man könnte so im Vorfeld einige Probleme lösen. Dies vor Allem wenn die betroffenen
Personen noch das Gespräch suchen würden. Mache man dies nicht, seien die logischen Folgen aber
dann Einsprachen, meint Herr Bachmann.

Der Stadtpräsident entgegnet, dass er schon äusserst erstaunt sei, über diese Aussage, wie auch jene
des Leserbriefes. Er teilt mit, dass Philipp Gemperle, Vizestadtpräsident der Stadt, bei ihm zu Besuch
war und das Gespräch gesucht habe. Gerne werde aber Vizepräsident Philipp Gemperle im Anschluss
hier noch selbst Stellung nehmen. Im Anschluss an den Besuch habe man sogar die Gesprächsinhalte
in der Baukommission detailliert besprochen. Er als Stadtpräsident habe damals überrascht und erfreut
die Rückmeldung von Philipp Gemperle erhalten, dass das MZH-Projekt für Hansueli Bachmann kein
Problem darstelle und er sich nicht gestört fühle bei diesem Vorhaben. Ausserdem betont der Stadtprä-
sident weiter, hätten öffentliche Informationsveranstaltungen stattgefunden, so auch mit den Vereinen.
Seines Wissens hätte Hansruedi Bachmann sich dort nie zum Thema geäußert, sofern er überhaupt
anwesend war. In dieser Phase hätte die Möglichkeit bestanden diverse Anliegen aufzunehmen. Wie
dies zum Beispiel mit dem Verkehr, resp. der Parkierung geschehen sei, dort habe man auch ein Ver-
kehrskonzept erarbeitet und auf eine Tiergarage bewusst verzichtet. Eine Einbindung der Bevölkerung
habe sehr wohl stattgefunden. Diese seien natürlich da, um mitzuarbeiten, meinte der Stadtpräsident.

Philipp Gemperle, Vizestadtpräsident, ergänzt die Ausführungen des Stadtpräsidenten. Er sei ent-
täuscht über den Vorwurf, dass keine Gespräche stattgefunden hätten und er dachte, dass es einen
guten Austausch zwischen ihm und Hansruedi Bachmann gegeben habe. Mittlerweile sei ja auch be-
kannt, dass Hansruedi Bachmann und der Stadtpräsident nicht immer derselben Meinung seien. Ge-
rade deshalb sei er, in Absprache mit dem Stadtpräsidenten, als Vizepräsident persönlich bei ihm er-
schienen. Er teilt mit, dass er seine Mobile-Nummer habe und dieser Kanal offenstehe, sollte Ge-
sprächsbedarf sein. Das Angebot gelte uneingeschränkt weiter. Eine positive Grundhaltung gegenüber
dem Projekt seitens Hansruedi Bachmann sei in diesem Gespräch aber dargelegt worden.

Philipp Gemperle ergänzt, dass im Übrigen auch beim Projekt des Bahnhofplatzes mit den Einspre-
chenden bereits vorab intensive Gespräche geführt wurden. Dies sei ein normaler Prozess und dennoch
kamen im Nachhinein solche Einsprachen. Manchmal sei das nicht zu verhindern.

Gerade aber der Bau der Mehrzweckhalle sei eminent wichtig, da entsprechender Turnraum für die
Kinder fehle und der Stadtrat werde alles daransetzen, dass dieser Bau so rasch als möglich erfolgen
kann.

Der Stadtpräsident bedankt sich für die Äusserungen, er ergänzt, dass es natürlich doppelt ärgerlich sei, wenn man Beratungsaufträge an soziale Institutionen vergebe, wie bspw. über eine möglichst ideale Ausgestaltung des Bahnhofplatzes und diese Intuitionen trotz erhaltenem Honorar, danach Einsprache gegen das Projekt machen würde. Dies sei zudem bereits identisch in Amriswil so erfolgt, was seiner Meinung einfach nicht angehe.

Zum Schluss betont er nochmals, dass die Stadt bezüglich der Mehrzweckhalle sehr wohl geschärfert gewesen und noch immer sei und dies habe sie auch mehrfach angeboten. Womit die Stadt aber nicht einverstanden war, seien der Sistierungsvorschlag der Einsprache seinerseits. Die Stadt möchte keine weitere Zeit verlieren, falls man sich doch nicht einigen könnte. Ein Spiel auf Zeit möchte die Stadt nicht eingehen. Sollte in der Zwischenzeit eine Lösung mit dem Einsprecher gefunden werden so wäre das Rechtsverfahren schnell sistiert oder aufgehoben. Es sei aber sehr wichtig, dass gerade für die Schulen möglichst rasch dieser Turnraum realisiert werden könne. Und deshalb möchte er nochmals betonen, dass er schon sehr erstaunt sei, über die Art und Weise dieses Leserbriefes sowie dem dargelegten Verhalten.

Hansruedi Bachmann möchte sich dann nochmals äussern, was der Stadtpräsident ein letztes Mal toleriert und ihm auch gleich in Aussicht stellt, dass er darauf nicht mehr entgegnet werde.

Hansruedi Bachmann teilt nochmals mit, dass er alles Gesagte in Abrede stelle und deshalb kümmern sich nun sein Rechtsvertreter um die Angelegenheit. Herr Bachmann legt dann nochmals seine aktuellen Erwartungen dar welche aber auf Wunsch der Versammlung ausserhalb des Protokolls der Gemeindeversammlung zu regeln sei. Der Stadtrat hat sich den Auftrag vorgemerkt und wird diesem adäquat nachkommen.

Herr Bachmann möchte sodann weiterwissen, was mit der Plattform des Hafenrestaurants (SBS) genau passiere, diese werde übermässig durch die SBS (Restaurant Hafen) genutzt und stehe nicht der Bevölkerung zum Verweilen zur Verfügung. Man habe der SBS damals ein Darlehen resp. Kredit gewährt, eine Rückzahlung sei aber nie erfolgt. Eine Abgeltung werde zudem nicht geleistet. Dies störe ihn und er fragt nach wie die Stadt damit umgehe, einerseits mit der Rückzahlung des Kredites, andererseits mit der Mehrnutzung der Fläche durch die SBS AG. Er möchte wissen ob hier eine Miete bezahlt wird.

Der Stadtpräsident entgegnet, dass der bezahlte Betrag nicht ein Kredit im eigentlichen Sinne war, sondern einen einmaligen Beitrag zur Realisierung der Plattform. Er teilt zudem mit, dass dies eine sehr gute Investition war. Er räumt aber ein, dass sich die SBS (resp. Hafenrestaurant) etwas ausgebreitet hat, sieht hier aber keinen weiteren Handlungsbedarf, zumal das Areal der SBS gehört und öffentliche Aufenthaltsflächen ohne Konsumzwang ausreichend vorhanden sind. Es habe diesbezüglich aber schon Gespräche gegeben. Die Stadt sieht es deshalb nicht als angezeigt einen lokalen Gewerbebetrieb ohne nötigen Grund einzuschränken oder diesem sogar Umsatzeinbussen zuzuführen. Hier müsse man auch mit der nötigen Realität an die Sache herangehen. Es sei zwar richtig, dass ein Teil davon öffentlich und ohne Konsumzwang zugänglich sein müsse, es sei aber nirgendwo definiert, wie gross dieser Teil sei. Hier sei deshalb entsprechendes Augenmass notwendig.

Im Anschluss an diese ausgiebigen Diskussionen stellt der Stadtpräsident nochmals fest, dass noch formal über den gestellten Antrag um 10%ige Kürzung der Investitionen abgestimmt werden müsse:

Der Stadtpräsident lässt über den Antrag abstimmen.

Der Antrag wird mit 2 Ja-Stimmen zu 133 Nein-Stimmen abgelehnt.

Zum Budget erfolgen keine weiteren Fragen und der Stadtpräsident lässt somit über die vorliegenden Anträge des Stadtrates abstimmen.

Beschluss:

Die Gemeindeversammlung beschliesst:

- 1.1. Den Steuerfuss der Politischen Gemeinde für das Jahr 2025 auf 70 Prozent zu belassen. (Einstimmig)
- 1.2. Das Budget der Politischen Gemeinde für das Jahr 2025 (Erfolgsrechnung und Investitionsrechnung) zu genehmigen; (133 Ja-Stimmen; mit 2 Enthaltungen)

2. Orientierung Budget Regionales Pflgeheim

Aron Signer, jüngstes Mitglied des Stadtrates präsentiert die Zahlen des regionalen Pflgeheims. Er teilt mit, dass das Regionale Pflgeheim Romanshorn mit einem positiven Resultat von rund 245'000 Franken für das Jahr 2025 rechnet. Dies bei einer rund 2% höheren Auslastung.

Weiter beschäftigt das Pflgeheim die anhaltende Personalknappheit, weshalb auch hier mit Mehrausgaben gerechnet werden muss. Aufgrund neuer Stromlieferverträge sowie aufgrund der neuen PV-Anlage konnte zudem die Stromkosten tiefer budgetiert werden.

Die geplanten Investitionen belaufen sich auf rund 215'000 Franken und grössere Posten seien Raumgestaltungen sowie Möblierungen in verschiedenen Bereichen.

Die vollständige Rückzahlung des offenen Baukredites soll zudem voraussichtlich im Jahr 2028 erfolgt sein.

3. Anpassung des Rahmennutzungsplans "Kleinsiedlungen"

Philipp Gemperle, Vizestadtpräsident und Ressortvorsteher erläutert die Ausgangslage in Bezug auf die Anpassung des Rahmennutzungsplans «Kleinsiedlungen».

Er teilt mit, dass er versuche seine Ausführungen so kurz als möglich zu halten, da auch der Handlungsspielraum entsprechend klein sei. Der Auftrag seitens Bund und Kanton sei klar, dass man Weilerzonen aufzuheben hat. Beispielhaft werde der Weiler Aach auf einem Foto auf der Präsentationsfolie gezeigt.

Es bestehe je nach Beschaffenheit der jeweiligen Kleinsiedlung die Möglichkeit, diese Weilerzonen in Landwirtschaftszonen zurückzustufen oder aber diese in Erhaltungszonen oder Wohn- und Arbeitszonen umzuwandeln. Es gehe hierbei primär darum den Charakter des Ortsbildes zu erhalten.

Anschliessend erklärt er nochmals, welche der 6 Gebiete in welche Zonen umgewandelt werden sollen. Diese seien in der Botschaft detailliert aufgeführt worden.

Er gehe deshalb, sofern keine Fragen und Anmerkungen seien gerne zum Antrag des Stadtrates über:

Fragen/ Anträge:

Thomas Wohnlich:

Er ist Landwirt im Weiler Zebra-Meile und ist nicht einverstanden mit der geplanten Umzonung seiner Landwirtschaftszone in eine Erhaltungszone. Er fügt diverse Gründe an, unter anderem die möglicherweise dann nicht mehr tolerierten Geruchsemissionen bei allfälligen Anwohnern. Er stellt fest, dass er sich bei einer Umzonung als Landwirt nicht mehr wehren kann und im schlimmsten Fall seinen Betrieb eindämmen oder sogar einstellen müsse, was für ihn sowie seine Familie ein enormer Einschnitt bedeuten würde.

Er habe diverse Gespräche bereits auch mit dem Kanton geführt und er sehe andere Möglichkeiten. Er zeige sich gesprächsbereit und wäre auch bereit einen Streifen Land in die Erhaltungszone abzugeben. Er wünsche sich erneut Gespräche mit den anderen Grundeigentümern, um eine gemeinsame Lösung zu finden. Sollte heute dem Antrag des Stadtrates zugestimmt werden, werde er auf jeden Fall Einsprache dagegen erheben.

Philipp Gemperle, bedankt sich für das Votum und teilt mit, dass auch in dieser Angelegenheit zuvor diverse Gespräche geführt wurden. Entweder man mache diese Aufzoning in eine Erhaltungszone oder man belässt alles in der Landwirtschaftszone, was aber negative Auswirkungen auf anderen Liegenschaftsbesitzer hätte. Eine Aufteilung sei schlicht nach bisherigen Abklärungen mit dem Kanton nicht möglich. Erneut erklärt er die Beweggründe des Stadtrates detailliert anhand der aufgezeigten Karte. Die Frage stelle sich ob man in diesem Gebiet künftige Entwicklungen zulasse oder eben nicht. Der Stadtrat sei zum Schluss gekommen dies wie in der Botschaft aufgezeigt zu beantragen.

Thomas Wohnlich bringt nochmals weitere Gründe, dass das angestrebte Vorgehen seitens des Stadtrates seiner Ansicht nach nicht korrekt und für ihn absolut nicht akzeptabel sei. Er möchte eine gute Lösung finden und das Ganze nochmals anschauen. Mitunter auch aufgrund kürzlich gemachten höheren Investitionen in seinen Betrieb sowie in seine Zukunft.

Philipp Gemperle teilt nochmals mit, dass der Stadtrat an dem Antrag festhalten wird und erklärt zudem, dass einzelne Zonen jetzt nicht aus dieser Abstimmung weggelassen werden könnten. Dies sei bei Änderungen im Rahmennutzungsplan nur so möglich. Aus diesem Grund muss heute über die Ganze Vorlage mit allen betroffenen Weilern inkl. der Zebra-Zone entschieden werden.

Vreni Rechsteiner:

Sie meldet sich ebenfalls als Betroffene des Weilers Zebra-Meile zu Wort und bedauert den Verlauf der Versammlung. Sie bittet die Teilnehmer der Versammlung künftig frühzeitiger mit dem Stadtrat in Kontakt zu treten und an den durchgeführten Mitwirkungen teilzunehmen. Der Stadtrat informiere immer gut und vollumfänglich und sie erachte es als unangebracht, einfach im Nachhinein an der Versammlung mittels Votum etwas zu beantragen.

Sie plädiert dafür in Zukunft vermehrt, dass Gespräch mit dem Stadtrat zu suchen und konstruktiv zusammen zu arbeiten. Der Stadtrat biete schliesslich immer eine Mitwirkungsmöglichkeit.

Marco Gross:

Er möchte wissen, bis wann diese Umzonung umgesetzt werden muss. Was gibt es für Vorgaben seitens des Kantons.

Philipp Gemperle ist der Termin nicht bekannt. Der Stadtrat sei aber nicht unter enormen Zeitdruck. Für diese Frage sei dies für den Stadtrat aber auch nicht das massgebende Argument. Er betone nochmals, dass versucht wurde Lösungen zu finden und es gäbe nun mal einfach nur diese vorher dargelegten zwei Optionen.

Marco Gross möchte dann noch wissen, was der Stadtrat dann an diesem Ort vorhabe. Er möchte wissen ob dort noch mehr Wohnraum entstehen soll.

Philipp Gemperle erläutert ausführlich, dass die Stichworte in der Botschaft ausführlich erwähnt wurden. In einer Landwirtschaftszone gäbe es keinen nicht-landwirtschaftlichen Wohnraum. Eine Entwicklung für Wohnraum in Form einer Verdichtung sei deshalb nicht mehr möglich. In einer Erhaltungszone hingegen wäre aber beides möglich.

Jörg Marolf:

Er möchte wissen, ob über diese beantragten 6 Zonen gleichzeitig abzustimmen sei oder ob man über 5 Zonen abstimmen könnte und über das nun viel diskutierte Gebiet an einer nächsten Versammlung.

Philipp Gemperle teilt mit, dass nur über das gesamte Paket abgestimmt werden könne. Ansonsten müssten rein formal nochmals eine Mitwirkung sowie eine Auflage erfolgen.

Nach vorerst erschöpfter Diskussion übernimmt der Stadtpräsident wieder die Versammlungsführung und stellt fest, dass er grundsätzlich Verständnis für das Anliegen von Herrn Wohnlich habe und aktuell wieder eine gesetzliche Pflicht nachgeführt werden muss wo dies für 99% unproblematisch sei, aber halt die wenigen Betroffenen dagegen.

Er macht beliebt, dass man zur Abstimmung komme. Sollte der Antrag abgelehnt werden, werde der Stadtrat bestimmt nochmals Lösungen suchen müssen, wobei dann aber gut möglich sei, dass andere Parteien auch nicht zufrieden seien. Aus diesem Grund würde er bei einer heutigen Ablehnung und erneuten Vorlage zu einem späteren Zeitpunkt den Erfolg in Frage stellen.

Eisler Walter:

Stellt Antrag das Traktandum nochmals zurückstellen und zu vertagen. So könnte über alle Zonen einzeln abgestimmt werden.

Philipp Gemperle betont nochmals, dass dies nicht möglich sei. Dies da viele Entscheide eben auch zusammenhängen würden. Dieses Votum bestätigt der Stadtpräsident. Er ergänzt, dass falls der Antrag abgelehnt würde, sich der Stadtrat so oder so nochmals damit auseinandersetzen müsste.

Bruno Rechsteiner:

Eventuell gäbe es eine Möglichkeit, dass die betroffenen Nachbarn im Grundbuch ein Servitut unterzeichnen würden um mögliche Klagen künftig auszuschliessen.

Der Stadtpräsident nimmt den konstruktiven Vorschlag auf und gibt aber zu, ob dies allenfalls eine Variante wäre welche juristisch zulässig funktionieren kann.

Urs Stoller:

Er sei demnach für eine Vertagung des Traktandums, damit dies nochmals sauber auch mit dem Grundbuchamt geklärt werden könne.

Philipp Gemperle teilt nochmals mit, dass alles sauber abgeklärt wurde und die Verfahren sauber eingehalten werden müssten. Eine Eintragung im Grundbuch würde nicht das Gesetz aushebeln können.

Eine Besprechung an einer Versammlung sei zudem nicht möglich. Sondern man müsse Abklären, Mitwirken lassen, Auflegen und dann beantragen und entscheiden.

Thomas Wohnlich:

Er nennt, dass bald das RPG2 (Raumplanungsgesetz 2) komme und dort seien grundbuchamtliche Eintragungen möglich.

Der Stadtpräsident kann nicht sagen, wann das neue Gesetz kommen werde und deshalb sollte man nun zur Abstimmung wie vorliegend gelangen. Er lässt folgend darüber abstimmen.

Beschluss:

Die Gemeindeversammlung beschliesst:

- 1.1. Der Antrag des Stadtrates für die Anpassung des Rahmennutzungsplans "Kleinsiedlungen" (Anpassung Zonenplan und Baureglement) wird grossmehrheitlich abgelehnt.

4. Mitteilungen und Umfrage

Der Stadtpräsident erläutert die Abstimmungsvorlage "Untere Bahnhofstrasse" vom kommenden 24. November 2024. Anhand von ein paar Folien zeigt er die wichtigsten Punkte der Vorlage kurz auf. Er informiert über die Vorteile welche aus Sicht des Stadtrates eine Aufwertung dieser Zone mit sich bringen könnte. Er betont dabei, dass diese Vorlage nicht primär gedacht sei um das Gewerbe im Zentrum wieder zu beleben sondern um eine bessere Aufenthaltsqualität zu schaffen. Diese wiederum könnte allenfalls dazu führen, dass mit vermehrtem Aufenthalt der Bevölkerung oder der Touristen mitunter die Geschäfte sowie generell das Zentrum wieder stärker belebt werden könnten.

Auch teilt er mit, dass entsprechende Fördergelder im Rahmen des Agglomerationsprogrammes 3 geltend gemacht werden könnten sofern bis Ende 2025 die Bautätigkeiten gestartet wird. Am Schluss seiner Präsentation gibt er noch einen Ausblick hinsichtlich der Ausführung der Arbeiten welche für das kommende Jahr 2025 geplant wären.

Im Anschluss an seine Ausführungen eröffnet er für Fragen seitens der Versammlung.

Fragen

Eisler Walter:

Er macht beliebt, dass man den untersten Teil der Strasse Doppelspurig belässt und dem Bus einen entsprechenden Vortritt lässt.

Der Stadtpräsident teilt mit, dass man die Busführung sicherlich nochmals genau anschauen muss. Eine Führung über die Bahnhofstrasse funktioniere aber nicht. Eine geeignete Lösung wird mit der Bus AG gesucht werden.

Hans Gächter:

Er möchte mitteilen, dass bei einem Einbahnverkehr mehr Verkehr in andere Wohnquartiere ausweichen werde und somit auch Wohnquartiere betroffen sein könnten.

Zudem möchte er festhalten, dass bei der Wahl der Bäume sowie der Ausgestaltung der Baumbodenbeschaffenheit besonders vorsichtig agiert werden sollte. Ansonsten hätten diese Bäume schlichtweg keine Überlebenschance.

Weiter merkt er an, dass die Sitzgelegenheiten aus Holz, aktuell in der Alleestrasse sicherlich nicht mehr Aufenthalte im Zentrum bringen werden.

Der Stadtpräsident stimmt zu, dass es teilweise sicher eine Verlagerung des Verkehrs geben werde, gleichwohl teilt er mit, dass der Verkehr mit Tempo 30 auch langsamer rollen werde. Zudem sollte es gemäss den erhobenen Verkehrszahlen her machbar sein ohne dass eine riesige Mehrbelastung auf die umliegenden Quartiere anfallen werde.

Bei den Bäumen stimmt er Hans Gächter zu und teilt mit, dass man sehr intensiv daran sei zusammen mit ausgewiesenen Fachpersonen die richtige Wahl der Bäume resp. Begrünung mit entsprechenden Baumgruben zu treffen.

Zu den Sitzgelegenheiten entgegnet der Stadtpräsident, dass diese Holzmöbel wie aktuell in der Allee-Strasse gerade bei der jungen Bevölkerung sehr gut ankommen. Hingegen nicht unbedingt bei den älteren Personen. Man werde andere Möbel planen so dass danach eine Durchmischung gegeben sei.

Silvia Kradolfer:

Sie möchte wissen ob es einen Parkplatz bei der Apotheke gibt.

Der Stadtpräsident teilt mit, dass 2 Parkplätze für jeweils max. 15min. angedacht seien. Diese sollten durch die Bäume auch beschattet sein.

In seinen letzten Erläuterungen macht der Stadtpräsident darauf aufmerksam, dass an der kommenden Versammlung im Frühjahr über das Parkierungsreglement abgestimmt werden soll. Aktuell sei man daran sämtliche Vorbereitungen inkl. Mitwirkung zu organisieren. So dass dann das Reglement neu in Kraft gesetzt werden kann.

Ganz zum Schluss macht der Stadtpräsident noch auf die anstehenden Termine aufmerksam. Er stellt abschliessend die Frage, ob jemand gegen die Gemeindeversammlung oder die Durchführung eine Rüge zu Protokoll geben möchte, was aber nicht der Fall ist. Der Stadtpräsident bedankt sich für die Aufmerksamkeit und schliesst danach die Versammlung.

Romanshorn, 6. November 2024

Namens des Stadtrates

Der Stadtpräsident:

Roger Martin

Der Stadtschreiber:

Fabio Bottega

Die Stimmzählerinnen:

Vreni Rechsteiner

Hildegard Marolf